

Niederschrift öffentlicher Teil

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten führte seine 13. Sitzung am Dienstag, dem 29.06.2021, im Saal des Verwaltungsgebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 10, Hansestadt Osterburg (Altmark) durch.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Teilnehmer:

Anwesend:

Vorsitz

Handtke, Michael

Stimmberechtigte Mitglieder

Emanuel, Ina

Engel, Sven

Janas, Horst

Matzat, Sandra

Schulz, Thorsten

(ab 18:27 Uhr)

Vertretung für Steffen Seifert

Mitglied mit beratender Stimme

Fritze, Mathias

Sachkundige Einwohner

Leier, Peter

Müller, Sabrina

Siegmanski, Matthias

Verwaltungsangehörige

Kränzel, Detlef

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Matz, Dirk

Seifert, Steffen

entschuldigt

entschuldigt - Vertretung Thorsten Schulz

Sachkundige Einwohner

Behrends, Konrad

Braune, Lothar

Riemann, Dirk

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 11.05.2021
4. Einwohnerfragestunde
5. Sanierung der Innenräume der Kirche Krumke
Vorlage: III/2021/251
6. Änderungsbeschluss zur finanziellen Beteiligung am Bodenordnungsverfahren Rossau
Vorlage: III/2021/229
7. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung der Hansestadt Osterburg (Altmark)
Vorlage: III/2021/248
8. Vertrag über die finanzielle Beteiligung der Hansestadt Osterburg i.S.v. § 36k EEG 2021 an dem Windpark Düsedau
Vorlage: III/2021/255
9. Beratung über die Investitionsplanung 2021 ff für die Haushaltsplanung 2022
10. Informationen zur Zusammensetzung der Städtebaumittel lt. Haushaltsplanung
11. Information Spendenbericht 2020
12. Information zum Ausführungsstand Beschlussvorlage III/2021/218 - Erstellung verkürzte Jahresabschlüsse
13. Informationen, Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten um 18:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Herr Handtke stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 5 stimmberechtigte Mitglieder, 1 beratendes Mitglied sowie 3 sachkundige Einwohner anwesend. Herr Thorsten Schulz nimmt in Vertretung für Herrn Steffen Seifert als stimmberechtigtes Mitglied an der Sitzung teil. Herr Handtke verweist auf die Verhaltensregeln bei bestehenden Mitwirkungsverböten.

2. **Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende informiert, dass die Beschlussvorlage III/2021/254 zurückgezogen wird und damit der Tagesordnungspunkt 8 von der Tagesordnung abgesetzt wird. Alle anderen Tagesordnungspunkte rücken entsprechend vor.

Weitere Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

**Abstimmungsergebnis:
geändert beschlossen**

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 11.05.2021

Der Vorsitzende erteilt Herrn Leier das Wort. Herr Leier möchte wissen, ob die nach seinem Hinweis vorgenommene Korrektur der Anwesenheit so korrekt ist. Wenn die Anwesenheit korrigiert wurde, müsse sich doch auch das Abstimmungsergebnis ändern. Es wurde jedoch nur Seite 1 des Protokolls ausgetauscht.

Der Vorsitzende lässt die Niederschrift zur Prüfung zurückstellen.

Nachdem Herr Leier seine Ernüchterung darüber ausdrückt, wie der Ausschussvorsitzende und der Stadtrat mit solchen Dokumenten umgeht, weist Herr Handtke die von Herrn Leier erhobenen Vorwürfe zurück und betont, dass er versichert sein kann, dass er als Ausschussvorsitzender die Niederschriften vollumfänglich liest.

Die Niederschrift wird überprüft und zur nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Nach der Beratung über Tagesordnungspunkt 6, kehrt der Ausschussvorsitzende noch einmal zurück zu Tagesordnungspunkt 3. Der Vorsitzende klärt den Sachverhalt zur Anwesenheit und Abstimmungsergebnissen auf. Zu Beginn der Sitzung am 11.05.2021 waren 5 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Um 18:13 Uhr erschien Frau Matzat zur Sitzung. Ab diesem Zeitpunkt waren 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Die Niederschrift war lediglich bei den aufgeführten Anwesenden zu korrigieren und ist somit hinsichtlich Anwesenheit und Abstimmungsergebnissen korrekt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, stimmt der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten doch noch über die Genehmigung der Niederschrift vom 11.05.2021 ab.

Die Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 11.05.2021 wird ohne Änderungen genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:
ungeändert beschlossen**

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 1

4. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende unterbricht die Tagesordnung und eröffnet die Einwohnerfragestunde. Da keine Einwohner anwesend sind, schließt er die Einwohnerfragestunde und geht wieder zur Tagesordnung über.

**5. Sanierung der Innenräume der Kirche Krumke
Vorlage: III/2021/251**

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel erläutert, dass zunächst eine Innen- und Außensanierung vorgesehen war, man jedoch aufgrund gestiegener Kosten die Priorität auf die Außenfassade der Kirche gesetzt hat. Zwischenzeitlich haben sich zu dem bereits bereitgestellten Eigenanteil für die

Außenfassade Mehrkosten in Höhe von 41.000 EUR ergeben, welche wie folgt gedeckt werden:

28.000 EUR Minderauszahlungen bei den Baukosten für die Einleitstellen
 8.000 EUR Eigenanteil Bushaltestelle
 5.000 EUR Mehreinzahlungen durch Erstattung WVSO E.-Th.-Str.

Die Innensanierung der Kirche soll wie folgt finanziert werden:

Zunächst wurden die Kosten mit 135.00 EUR beziffert. Lt. Auskunft des ALLF gibt es für die Sanierung von Wänden und Decken einen Förderhöchstsatz. Für die Innensanierung würde die Hansestadt Osterburg (Altmark) Fördermittel in Höhe von 62.000 EUR erhalten (90%) der Eigenanteil beträgt 6.200 EUR. Dazu gibt es keine Haushaltsermächtigung. Deshalb hat sich der Dorfverein Krumke dazu bereit erklärt für die Anschaffung des Kommunaltraktors im Krumker Park eine Spende in Höhe von 14.000 EUR auszureichen, welche die Eigenmittel in Höhe von 57.200 EUR vermindert. Die freiwerdenden Eigenmittel können nun zur Finanzierung des Eigenanteils sowie Mehrkosten und nicht förderfähige Kosten herangezogen werden.

Frau Matzat möchte wissen, ob aufgrund der Deckung der Mehrkosten für die Außenfassade, die Spende des Dorfvereins überhaupt erforderlich war.

Herr Kränzel erläutert, dass die Mehrkosten zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt waren. Hintergrund ist die 90% ige Förderung und das Interesse des Dorfvereins, dass die Innensanierung vorgenommen werden kann.

Frau Matzat stört es, dass in der Problembeschreibung das Augenmerk auf den Ruheforst gelegt wird. Der kommunale Friedhof in Krumke sollte hier nicht zurückgestellt werden.

Herr Engel schließt sich dieser Auffassung an. Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus den Passus „im Ruheforst Krumke“ aus der Problembeschreibung zu streichen.

Herr Kränzel wird das entsprechend weiterleiten.

Herr Engel möchte wissen, welche unvorhergesehen Kosten sich aus dem Holzgutachten ergeben können.

Herr Handtke berichtet, dass es dahingehend bei der Nikolaikirche in Osterburg keine Probleme gab.

Weitere Fragen gibt es nicht.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage einstimmig weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt, den Innenraum der Kirche Krumke unter der Inanspruchnahme von Fördermitteln zu sanieren.

Abstimmungsergebnis: ungeändert beschlossen

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0

**6. Änderungsbeschluss zur finanziellen Beteiligung am
Bodenordnungsverfahren Rossau
Vorlage: III/2021/229**

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel erläutert den Sachverhalt. Die Gesamtkosten des Verfahrens belaufen sich auf ca. 5,3 Mio. EUR. Die weitere Zahlung eines Sonderkostenbeitrages bewirkt die weitere Entlastung für die Flächeneigentümer je ha, hat jedoch keine Auswirkungen auf die Gesamtkosten des Verfahrens. Laut NBS sind die im Wege- und Gewässerplan enthaltenen Maßnahmen noch gesichert.

Dem Ortschaftsrat Rossau wurde die Beschlussvorlage wegen der Anhörungspflicht nach § 16 Hauptsatzung vorgelegt. Der Ortschaftsrat empfiehlt keine Erhöhung des Sonderbeitrages.

Herr Leier möchte wissen, woraus sich die Verpflichtung ergibt, einen Sonderkostenbeitrag zu zahlen.

Herr Kränzel erläutert, dass immer dann ein Sonderkostenbeitrag vereinbart wird, wenn die Kommune aus einer Maßnahme in einem Verfahren den größten Nutzen zieht. Im genannten Verfahren BOV Rossau ist es der Bau der Brücke, der im besonderem Interesse der Stadt liegt.

Herr Leier hakt nach, ob es sich dabei um freiwillige Aufwendungen und nicht um Investitionskosten handelt. Herr Kränzel bestätigt, dass es sich um Aufwendungen und nicht um investive Auszahlungen handelt.

(Anmerkung aus AnBu: Sind aktivierungspflichtige Anlageobjekte entstanden z.B. Brücke, Weg die am Ende des Verfahrens im Eigentum der Kommune übergehen, werden diese nach Fertigstellung der Baumaßnahme zum Zeitpunkt der Eigentumsübertragung aktiviert. Der Wert ermittelt sich aus den tatsächlichen Herstellungskosten die lt. Rechnungslegung vom ALFF, als verfahrensführende Behörde, vorgelegt werden. In selber Höhe wird dann ein Sonderposten gebucht und neutralisiert somit die Aktivierung auf der Passivseite.)

Herr Handtke fasst zusammen, dass keiner benachteiligt wird und alle Maßnahmen aus diesem Verfahren trotz Kostensteigerung zur Umsetzung gelangen werden.

Herr Kränzel bestätigt die Aussage von Herrn Handtke.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage einstimmig weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) bestätigt, den mit Beschluss Nr. II/2018/372 Version 2 vom 15.03.2018 festgesetzten Sonderkostenbeitrag einschl. des Eigenanteils für die städtischen Einlagegrundstücke in Höhe von insgesamt 100.000,00 € im Bodenordnungsverfahren Rossau (Verf.Nr. 4/0217/04).

**Abstimmungsergebnis:
ungeändert beschlossen**

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0

**7. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung der Hansestadt Osterburg (Altmark)
Vorlage: III/2021/248**

Herr Handtke verliest den Beschlusstext. Der Drescherhof soll in die Straßenreinigungssatzung integriert werden.

Herr Kränzel ergänzt, dass es mittlerweile eine 3. Version der Änderungssatzung gibt, da die Bekanntmachung neu geregelt werden musste und aufgrund der Straßenumbenennungen in den Ortschaften noch eine Anpassung hinsichtlich der Neuen Straße, die jetzt Kleine Straße ist, erforderlich war.

Derzeit wird auch die Thematik geprüft inwieweit eine Straßenreinigung in den Ortschaften vorgenommen werden soll. Dazu sollen die Ortsbürgermeister in den nächsten Wochen Stellungnahmen abgeben.

Herr Fritzte möchte wissen, warum die Gebühren die Aufwendungen nicht decken. Herr Kränzel antwortet, dass dazu eine neue Kalkulation für die Straßenreinigungsgebührensatzung erforderlich ist, die im Zuge der Beratungen über eine Straßenreinigung in den Ortschaften anschließend überarbeitet wird.

Herr Handtke möchte wissen, wie der zeitliche Ablaufplan aussieht.

Herr Kränzel informiert, dass bis voraussichtlich September die Beratungen in den Ortschaften andauern. Anschließend muss geprüft werden, was umsetzbar ist. Die Regelungen zur Straßenreinigung sollten in der Einheitsgemeinde einheitlich umgesetzt werden. Herr Kränzel rechnet frühestens ab 01.01.2022 mit dem Inkrafttreten der überarbeiteten Straßenreinigungs- und Straßenreinigungsgebührensatzung.

Weitere Fragen gibt es nicht.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage einstimmig weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark).

Abstimmungsergebnis:
ungeändert beschlossen
Ja 5 Nein 00 Enthaltung 0

**8. Vertrag über die finanzielle Beteiligung der Hansestadt Osterburg i.S.v. § 36k EEG 2021 an dem Windpark Düsedau
Vorlage: III/2021/255**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erscheint um 18:27 Uhr Herr Janas zur Sitzung. Es sind nun 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Handtke verliest den Beschlusstext und erteilt dem Kämmerer das Wort.

Herr Kränzel erläutert den Sachverhalt. Das neue EEG ermöglicht es allen Betreibern von Windenergieanlagen, die im Rahmen einer Ausschreibung nach dem EEG 2021 einen

Zuschlag erhalten, den betroffenen Gemeinden Beiträge durch einseitige Zuwendungen ohne Gegenleistungen anzubieten. Die Beträge orientieren sich an der Menge der tatsächlich eingespeisten Energie jeder Windenergieanlage. Für die Ermittlung des Zuwendungsbetrages wurde durch den Betreiber eine erzeugte Strommenge von 15 Mio. kWh zu Grunde gelegt. Die Abstufung der Zuwendungen erfolgt in Zusammenhang mit den Flächenverhältnissen.

Herr Janas möchte wissen, ob die Zuwendungen auf der Grundlage von Jahresabrechnungen der erzeugten Strommenge gezahlt werden. Herr Kränzel bestätigt dies.

Herr Kränzel ergänzt, dass der vorliegende Vertrag eine Woche bevor der Mustervertrag vom Städte- und Gemeindebund kam, eingegangen ist. Er wird den vorliegenden Vertrag mit der Mustervorlage bis zum Stadtrat abstimmen und prüfen.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage einstimmig weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend des Angebotes der EnBW Windkraftprojekte GmbH, Schelmenwasenstraße 15 in 70567 Stuttgart, den Vertrag über die finanzielle Beteiligung der Hansestadt Osterburg i.S.v. § 36k EEG 2021 an dem Windpark Düsedau, anzunehmen und mit der EnBW Windkraftprojekte GmbH abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

9. Beratung über die Investitionsplanung 2021 ff für die Haushaltsplanung 2022

Der Vorsitzende führt aus, dass in der letzten Sitzung die Investitionsübersichten in Kurzform ausgehändigt wurden und bis zur heutigen Sitzungen jeder die Möglichkeit hatte, die Investitionen für die Jahre 2022 bis 2025 genauer zu betrachten und Einsparmöglichkeiten zu finden. Er fragt nach Vorschlägen bzw. Ideen seitens der Ausschussmitglieder.

Frau Emanuel sagt, dass für die Jahre 2022 und 2023 jeweils 11.000 EUR für je einen Rasentraktor veranschlagt sind. Sie schlägt vor, zu prüfen, inwieweit zwei Traktoren erforderlich sind. Vielleicht besteht die Möglichkeit nur einen anzuschaffen, den alle Ortschaften nutzen können. Sie hält 11.000 EUR für zu hoch angesetzt.

Der Kämmerer bedankt sich für den Vorschlag. Er hat sich den Hinweis notiert und wird mit dem Fachamt die Möglichkeit prüfen.

Auf die Nachfrage von Frau Emanuel inwieweit der Anbau einer Fahrzeughalle in Meseberg bereits im nächsten Jahr erforderlich ist, berichtet der Wehrleiter Herr Engel, dass diese für die Umsetzung eines LF 16 erforderlich ist. Für den Bau des Gerätehauses Rossau wird derzeit noch auf Fördermöglichkeiten gewartet. Dazu soll es noch eine Richtlinie geben, die aber noch nicht bekannt ist. Bis dahin, werden die erforderlichen kleineren Maßnahmen Schritt für Schritt umgesetzt.

Weitere Hinweise zur Investitionsplanung gib es nicht.

Der Vorsitzende legt fest, dass der Tagesordnungspunkt Investitionen auch in den zukünftigen Sitzungen auf der Tagesordnung bestehen bleibt.

10. Informationen zur Zusammensetzung der Städtebaumittel lt. Haushaltsplanung

Herr Handtke erläutert, dass sich aus der letzten Sitzung des Ausschusses die Frage gestellt hat, wie sich die Städtebaumittel zusammensetzen. Dazu hat der Kämmerer eine Übersicht erarbeitet. Herr Handtke erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel geht zunächst auf die zusammengefasste Übersicht (A4) ein und erläutert den aktuellen Stand der Städtebaumittel. Anschließend erläutert er anhand einer A3 Übersicht die Zusammensetzung zwischen Programmjahre und Haushaltsjahre. Herr Janas stellt fest, dass die Kurzübersicht in Summe nicht mit der Einzelübersicht übereinstimmt.

Herr Kränzel erklärt, dass die Kurzfassung unvollständig ist. Er wird diese korrigieren und als Anlage zum Protokoll geben.

Frau Matzat möchte wissen, ob es erforderlich ist die Städtebaumaßnahmen über einen Sanierungsträger umsetzen zu lassen, da dieser immerhin 10% als Honorarkosten erhält.

Herr Kränzel erklärt, dass die einzelnen Programmjahre sehr umfangreich sind und die bereits im Sanierungsgebiet umgesetzten Maßnahmen durch eigenes Personal nicht leistbar gewesen wären. Inwieweit für das neu auferlegte Programm im Bereich Städtebau weiterhin der Sanierungsträger vollumfänglich in Anspruch genommen werden muss, ist derzeit noch nicht erkennbar. Dazu müssen die Rahmenbedingungen des neuen Programms zunächst geprüft werden.

Herr Handtke möchte wissen, wie sich der Ablauf eines Projektes über die Städtebausanierung darstellt. Herr Kränzel erläutert die Verfahrensweise zur Bereitstellung der finanziellen Mittel für ein Städtebauprojekt.

Frau Matzat möchte wissen, wie hoch die Kosten für den Rathauswettbewerb waren.

Herr Kränzel fasst zusammen, dass er die Kurzübersicht hinsichtlich der Rathausmittel anpassen und die Kosten für den Rathauswettbewerb nachfragen wird. Abschließend erläutert er, dass im Zuge des Abschlusses des Sanierungsgebietes zum 31.12.2021 geklärt werden muss, was mit den Mitteln für den Rathausanbau passieren soll.

Weitere Fragen gibt es nicht.

11. Information Spendenbericht 2020

Zu diesem Tagesordnungspunkt erteilt der Vorsitzende Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel erläutert, dass es keine Mitteilungsvorlage zum Spendeneingang geben wird, da die einzelnen Spenden aufgrund ihrer Wertgrenze bereits durch den Hauptausschuss oder dem Stadtrat angenommen wurden. Dennoch möchte er die Möglichkeit nutzen, den Ausschuss über die Gesamtsumme der eingegangenen Spenden zu informieren.

Für das Jahr 2020 sind insgesamt 45.240,30 EUR eingegangen. Davon sind 15.400 € EUR der Cornora-Hilfsfond, den die Hansestadt Osterburg (Altmark) als Sponsoringnehmer von der Krevese 17 GmbH & CoKG entgegengenommen hat und anschließend an die Vereine weitergereicht hat.

Überwiegend erhält die Stadt Spenden für die OLITA, das Stadtfest, die Kindertageseinrichtungen, aber im letzten Jahr schwerpunktmäßig auch für die Weihnachtsbeleuchtung.

12. Information zum Ausführungsstand Beschlussvorlage III/2021/218 - Erstellung verkürzte Jahresabschlüsse

Der Vorsitzende führt aus, dass in der letzten Sitzung die Bitte aufkam, regelmäßig über den Stand der verkürzten Jahresabschlüsse zu informieren. Er erteilt dazu Herrn Kränzel das Wort.

Der Kämmerer informiert die Ausschussmitglieder, dass der Jahresabschluss 2015 fertig gestellt werden konnte. Das vorläufige Ergebnis belief sich auf 1.568.793,89 EUR. Nach erfolgten Korrekturen aus der Datenübernahme, der Anpassung von Restnutzungsdauern und gebuchten Abgängen und dem endgültigem Afa-Lauf mit der zugeordneten Investitionspauschale, verbesserte sich das Ergebnis für das Haushaltsjahr 2015 um ca. 260.000 EUR auf 1.835.817,70 EUR.

Durch das parallele Arbeiten in den Jahresabschlüssen, kann in der 26. KW der Testlauf für die Abschreibungen des HH-Jahres 2016 gefahren werden. Dann noch ausstehende Arbeiten am Jahresabschluss 2016 sind die Überprüfung der Deckungen und Ermächtigungsübertragungen sowie die Investitionsrechnung. Ziel ist es, den Jahresabschluss 2016 bis Ende Juli fertig zu stellen.

Die weitere Zeitschiene stellt sich so dar, dass bis Ende August 2017 und bis Ende September 2018 fertig gestellt sein sollen. Der Kämmerer ist mit dem Verlauf der Jahresabschlussarbeiten zufrieden.

13. Informationen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel erläutert, dass im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten festgestellt wurde, dass der gefasste Beschluss über die verkürzten Jahresabschlüsse angepasst werden muss. Da diese Erkenntnis erst nach der Ladungsfrist kam, konnte die Beschlussvorlage nicht mehr rechtzeitig für die heutige Ausschusssitzung erstellt werden. Um Sicherheit in den Jahresabschlussarbeiten zu schaffen, soll die Änderung des Beschlusses jedoch vor der Sommerpause durch den Stadtrat erfolgen. Hintergrund ist, dass unter Nr. 1 des Beschlusses die aus dem Runderlass zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse vom 15.10.2020 beanspruchten Erleichterungen mit Ausnahme des Buchstaben c aufgeführt sind. Letzterer betrifft die Erleichterung zum Verzicht auf die Bildung von Rechnungsabgrenzungsposten. Im Abarbeitungsprozess zu den verkürzten Jahresabschlüssen wurde nunmehr festgestellt, dass eine automatisierte Abgrenzungsbuchung durch die Finanzsoftware für die alten Haushaltsjahre nicht erfolgt. Um die Aufstellung der verkürzten Jahresabschlüsse umzusetzen, muss daher die Erleichterung zu Buchstabe c des Runderlasses ergänzend zum bereits gefassten Beschluss aufgenommen werden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden stimmt der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten der Ergänzung einstimmig zu.

Herr Handtke erteilt Frau Matzat das Wort.

Frau Matzat möchte wissen, ob beabsichtigt ist, auch mit anderen Windbetreibern eine Zuwendungsvereinbarung abzuschließen. Herr Kränzel versichert, dass ein Augenmerk auf die Möglichkeiten zum Abschluss solcher Vereinbarungen gelegt wird.

Frau Matzat bedauert den Zustand der Liegenschaft Obdachlosenheim. Sie möchte wissen, ob Familie Katillus wirklich obdachlos ist.

Herr Kränzel erläutert, dass neben Familie Katillus zwei weitere Personen im Obdachlosenheim untergebracht sind. Die obere Etage ist derzeit zur Unterbringung noch nicht nutzbar. Familie Katillus findet keinen Vermieter. Eine Betreuung der Familie wäre erforderlich. Jedoch zahlt Frau Katillus pünktlich die Unterbringungsgebühr. Frau Matzat bestätigt, dass eine Betreuung der Familie nötig wäre.

Herr Handtke leitet eine Anfrage von Herrn Sethge weiter, inwieweit eine Überwachung des ruhenden Verkehrs um die Kirche möglich sei. Herr Kränzel wird einen Vor-Ort-Termin veranlassen, um die Problematik zu klären.

Herr Engel möchte wissen, welche Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung es für die Ernst-Thälmann-Straße gibt. Herr Kränzel wird dieses prüfen lassen.

Weitere Informationen, Anfragen und Anregungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:18 Uhr.

Michael Handtke
Vorsitzende/r

Susanne Bielefeldt
Protokollant